

Änderungs- bzw. Erweiterungsanträge
des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) bezüglich des
Antrages des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands „Deutschlands
Verantwortung und Interessen in Europa und der Welt wahrnehmen“ an
den 20. Parteitag am 27./28. November 2006 in Dresden:

Der 20. Parteitag wolle beschließen:

1. Nach dem Wort Verfassungsvertrag (Zeile 92) wird folgender Satz eingefügt:

"Die Verantwortung vor Gott ist in der Verfassung für Europa zu verankern."

2. Der Absatz nach dem Wort Bedeutung (Zeile 434) wird wie folgt gefasst:

"Aus Respekt vor der Glaubensüberzeugung des Volkes Israel, aus christlicher Verantwortung und vor allem als Ausdruck der historischen Verantwortung von uns Deutschen treten wir für das Existenzrecht Israels ein, für das Recht der Menschen des Volkes Israel, in sicheren Grenzen frei von Angst, Terror und Gewalt leben zu können."

Begründung:

zu 1.: Mit dem Bezug auf Gott verbindet sich nicht ein christlicher oder gar kirchlicher Anspruch, sondern damit soll deutlich gemacht werden, dass sich der Mensch weder sich selbst noch der Gesellschaft verdankt.

zu 2.:Die Beschreibung des Existenzrechts jedes des Mitgliedstaates der VN muss nicht Gegenstand eines Parteitagsbeschlusses sein. Mit Blick auf die Problematik Naher und Mittlerer Osten reicht der Hinweis auf die Road Map aus, um Irritationen zu vermeiden. Die Beschränkung der Betonung des "verbieften Existenzrechts" auf VN-Mitgliedstaaten bedeutet, dass sich die CDU an dieser Stelle nicht zum Existenzrecht des Vatikanstaats oder der Republik China bekennt. Dies könnte vielmehr Missverständnisse - bei einer selektiven Wahrnehmung - hervorrufen.

Die Glaubensüberzeugung des Volkes Israel sollte explizit angesprochen werden. Das Existenzrecht des Staates Israel hat aus unserer Sicht - als Christinnen und Christen in Deutschland - eine besondere Bedeutung:

aus christlicher Verantwortung, weil die Bindung des jüdischen Volkes an das Land und die Fortgeltung des Bundes biblisch fundiert ist und

aus der historischen Verantwortung von uns Deutschen.

Das Gebot der geschlechtsneutralen Formulierung sollte auch bei Parteitagsbeschlüssen beachtet werden.